

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhof 202-205  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftsteil 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhof 2500-2507

## Deutschnationale Regierungssehnsucht.

### Hergt will erst bewilligen, wenn er Minister ist.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion mag den Tod Helfferichs niemals schmerzlicher beklagt haben als am heutigen Tage, da Hergt am Rednerpult des Reichstages stand, um den Standpunkt der Deutschnationalen oder das, was sie für einen Standpunkt halten, vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Helfferich war bei allen seinen Fehlern ein kluger Mensch und ein guter Redner. Hergt ist keines von beiden. Er ist ein Versager auf allen Gebieten und ein Versager war auch seine heutige Rede in einem Maße, das sich nur schwer vorstellen läßt. Gewiß hatte der deutschnationale Redner eine überaus schwierige Aufgabe. Der praktische Zweck seiner Ausführungen schien mehr darauf hinzudeuten, die letzten Absichten der Deutschnationalen zu verschleiern als sie klarzulegen. Mit etwas mehr Geist und etwas mehr Geschicklichkeit hätte sich diese Aufgabe wenigstens so weit lösen lassen, daß der Redner, dem sie oblag, das Haus zu persönlicher Achtung hätte nötigen können.

Das ist Herrn Hergt nicht gelungen. Es ist ihm nicht gelungen, ernst genommen zu werden. Nicht ernst genommen wurden seine oppositionellen Tiraden gegen die Regierung, der er das schärfste Mißtrauen seiner Partei ankündigte, nicht ernst genommen wurde die Beteuerung seines Glaubens an die ewige Gerechtigkeit, zu dem er sich offenbar bekehrt hat, weil sich herausgestellt hat, daß die Amerikaner doch fliegen und schwimmen können.

Das A und O seiner Ausführungen, wenigstens in der ersten halben Stunde geht dahin, daß die Regierung eine Minderheitsregierung ist und daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung sind. Man hätte eine Rede über die Stellung der Deutschnationalen zu den vorliegenden Gesetzen erwarten dürfen. Hergt variiert unermüdlich das Thema: „Warum bin ich nicht selber Minister?“ und aus diesem Mangel sucht er alle übrigen Mängel und Mängel dieses irdischen Jammertals logisch zu erklären. Dabei passiert ihm das Mißgeschick, daß er einen Satz mit den Worten beginnt: „Uns ist nicht recht wohl dabei“. Der Rest geht in dem dröhnenden „Sehr richtig!“ Rufen der Linken und im schallenden Gelächter unter.

Aber das geht nur einige Zeit. Hergt bringt es trotz dramatischer Spannung der Situation fertig, nach 30 Minuten ziemlich ermüdet zu wirken. Man lacht nicht mehr, man langweilt sich. . . .

Der Reichstag begann heute mittig mit der Besprechung der Regierungserklärung und der Sachstengesehe. Unter den beim Reichstag eingegangenen Gesetzen befindet sich die Zolltariflage. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung begründet der Kommunist Kach einen kommunistischen Antrag, der Dr. Schwarz die Teilnahme an der Abstimmung ermöglichen soll. Der Antrag wird auf Vorschlag Reichs dem Kassenanschuss überwiesen.

Dann erhält das Wort der Deutschnationale Hergt. Bei der Beratung des Reichstages vor London hat der Herr Außenminister ausgeführt, es sei nicht die Gelegenheit, Stellung zu nehmen zur Frage des Vertrauens zur Regierung. Jetzt nachdem die Herren aus London zurückgekehrt sind, müssen wir unser Mißtrauen gegenüber dem Verhalten der Delegation in London, gegenüber den vorgelegten Gesetzen, gegenüber den hier gehaltenen drei Ministerreden zum Ausdruck bringen. Es war das gute Recht der Delegation, sich vor dem Reichstag zu verteidigen. Aber die Regierung hat sich auf die Einschüchterung der Opposition, auf die Gruseligmachung des ganzen Volkes eingestellt. Was ist die Möglichkeit eines innerpolitischen Zusammenkommens mit der nationalen Opposition?

Waren für die Beeinflussung der Opposition nicht Grenzen gezogen durch die Rücksicht auf das Ausland? Auch nach London muß der Kampf um den Gesamtplan der Fragen weitergeführt werden. Man muß deshalb die Waffen schärfen, nicht sie stumpf machen. Dann durfte nicht der Eindruck erweckt werden, daß Deutschlands Sache verloren sei. Was soll das Ausland denken angesichts der Resignation, die in den Worten des Reichstagslers liegt, wenn wieder einmal das besetzte Gebiet gegen Gesamtdeutschland ausgespielt wird? Der Reichstagsler hat den Rechtsstandpunkt nicht genügend gewahrt. Die Ausführungen von Marx und Stresemann waren eine völlige Vertennung der Sieghaftigkeit des Rechtsstandpunktes (Unruhe und Gelächter), der ewigen Gerechtigkeit. (Unruhe und Lachen.)

Was soll der deutsche Bürger von den eigenartigen Drohungen sagen, die die Regierung ausgesprochen hat. Drohung von Krediten um? (Zuruf: Erpressung ist das.) Es entsteht der Eindruck, daß diese Regierung eine

Regierung gegen die deutsche Wirtschaft ist. Wenn die Regierung selbstgeschwiegen hätte, wäre sie ein weiserer Mann geblieben. Das Gesamtbild brauchte nicht so auszusehen wie heute, es konnte heute anders aussehen mit Zustimmung der Deutschnationalen.

Das will ich vor dem ganzen Lande feststellen. Die Regierung war in verhältnismäßig günstiger Lage, als sie nach London ging. Es kommt auf die Brille an, durch die man die Dinge sieht. Wir Deutschnationalen haben eben eine andere Brille (Zuruf: eine blaue!). Das Anmachen der Erkenntnis auf der anderen Seite, daß ohne ein Arbeiten Deutschlands auch für die andere Seite keine Existenzberechtigung gegeben sei, hat die Stellung Deutschlands erleichtert.

Die Regierung ging als Minderheitsregierung nach London, es fehlten ihr das Gemischt und die Kampftrift der Deutschnationalen. Wir wären in London nicht umgefallen. (Heiterkeit.) In der

letzten Zeit vorher hatten sich die Mittelparteien dem deutschnationalen Standpunkt stark genähert, das beweisen die Erklärung Fehrenbachs im Namen der Mittelparteien bei der vorigen Londondebatte und die von uns warm begrüßte Erklärung der Deutschen Volkspartei. Beide Erklärungen unterscheiden sich kaum von unserem Standpunkt. Unsere Opposition war nie so positiv, als in dieser Zeit. Wir wollten die Regierung außenpolitisch stützen und haben keinen Zweifel gelassen, daß

wir zur Mitarbeit bereit sind. (Ahol links.)

Wenn die Regierung in der ersten Zeit in London eine entscheidende Haltung eingenommen hat, so können wir uns das Verdienst daran zum guten Teil zuschreiben. (Heiterkeit.)

Die Regierung hat den Widerstand gegen die einjährige Räumungsrift aufgegeben. Dabei ist uns allerdings nicht ganz wohl. (Ironische Zustimmung links.) Das Kabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat dem Unannehmbar zugestimmt. Der Redner zitiert das „Berliner Tageblatt“, die „Zeit“, die „Nationalliberale Korrespondenz“ aus jenen Tagen zum Beweise dafür, daß die Regierung nachher umgefallen sei. Die Regierung begründet ihren Umfall damit, daß Herrriot auch unannehmbar gesagt habe; nun unannehmbar hier und unannehmbar da, da mußte es eben zum Ausgleich kommen! Unsere Außenpolitik ist aber nicht auf einzelne Personen, ist nicht auf Herrriot und MacDonald eingestellt, sondern die Völker haben miteinander zu verhandeln. (Rufe links: Seit wann sind Sie so demokratisch?) MacDonald ist umgefallen. Er wie Amerika hatten immer mit den Bankiers betont, daß Deutschland befreit werden müsse von jeder Besetzung. Diesen Standpunkt haben MacDonald und Kellogg verlassen. Das englisch-amerikanische Ultimatum war eine Untreue gegen Deutschland. Die deutsche Abordnung hätte rechtzeitig auf MacDonald einwirken müssen, damit er erst nicht umfällt.

Wir Deutschnationalen werden den Eindruck nicht los, daß man künstlich aufbaut, daß handelspolitische Restriktionen für Deutschland vorhanden gewesen seien, wenn man nicht umgefallen wäre.

Das Unannehmbar mußte aufrechterhalten werden

im Interesse des Ansehens und des Rechtsstandpunktes Deutschlands. Er darf nicht so unbesonnen behandelt werden wie in den Reden der drei Minister. Es war ein Fehler, daß man sich überhaupt mit den Nebenregierungspersonlichkeiten wie Clementel eingelassen hat. Die Regierung hat vollkommen vergessen, daß es noch Bankiers gab. Wir vernissen, daß die Regierung erklärt hat, wenn Herrriot auf seinem Standpunkt beharrt, dann bleibt nur noch, daß Deutschland sich das diktiert läßt, nichts von freiwiliger Unterschrift. Was haben wir denn gewonnen? Das Räumungsoverprechen ist nicht bedingungslos. In dem Jahr Belegung kann die französische Militärpartei aberhandeln. Man kann Verfestungen Deutschlands feststellen, man hat ja noch die Militärkontrolle. Am 1. Oktober sind wir verpflichtet, in handelspolitische Verhandlungen einzutreten. Und der Feind steht im Lande! Die Pistole ist auf unsere Brust gerichtet. Ein Verhandeln unter den Bajonetten des Feindes ist unmöglich. Hätten wir das gehört, hätten wir einen andern Punkt als Ehrenpunkt angenommen, daß keine handelspolitischen Verhandlungen geführt werden, solange der Feind im Lande steht. Ist denn das Freiheit? In der Frage des Sanktionsgebietes Düsseldorf haben wir noch weniger Sicherheit. Kein Pakt, kein Abkommen, nichts.

Die neuen Erklärungen Herrriots in der vorgestiegenen Nachsitzung der Kammer haben die von Dr. Stresemann behauptete rechtliche Verbesserung für Deutschland wieder in Frage gestellt. MacDonald nimmt in der Abstützungsfrage eine feindliche Haltung gegen Deutschland ein und macht nun auch die Räumung der Kölner Zone von der Konstatierung vollendeter Abstützung abhängig. Es rächt sich jetzt die Haltung der deutschen Regierung, daß sie überhaupt auf Monate eine Verlängerung der Militärkontrolle zugelassen hat. Mit dieser Militärkontrolle kann uns eine Falle gestellt werden. Der Reichstagsler ist immer in erster Linie ein treuer Rheinländer gewesen; kann er es verantworten, daß das Rheinlandabkommen in der französisch-militärischen Auslegung weiter angewendet wird, daß diese furchtbare Geißel weiter über das Rheinland geschwungen wird. Welche Sicherungen sind dafür erreicht, daß die Auslegung des Rheinlandabkommens eine andere wird? Warum ist nicht auch diese Auslegung unter schiedsgerichtliche Entscheidung gestellt? Wo ist die Freiheit, die wir in London erreicht haben sollen? Was soll gegenüber diesen Tatsachen der Appell an unsere Verantwortlichkeit, warum hat die Regierung nicht wenigstens die Kriegsschuldfrage zur Sprache gebracht? Die Kriegsschuldfrage gehörte an den Anfang der Londoner Konferenz und wären die Franzosen aus dem Konferenzzimmer herausgelassen, so hätte ich als deutscher Vertreter weiter gesprochen. Alle Verbesserungen, von denen Herr Stresemann sprach, sind formeller Art, materiell gar nicht. Das Dawes-Gesetz ist die „Belle publique“, wie sie im Buche steht.

Das Gutachten ist in London noch wesentlich verschlechtert worden. Die Verlängerung der Sachleistungen ins Unbegrenzte ist eine furchtbare Last für die deutsche Wirtschaft. Wenn Herrriot von der allschärfsten Lösung spricht, dann ist sie sicher für Deutschland ein Unglück. Aus dem fesselpendenden Füllhorn des Reparationslopps ist ein Faß der Danaiden geworden. England hat die 26-Prozent-Abgabe wieder eingeführt, Frankreich will diesem Beispiel folgen. Die Rechte des Kommissars bei den Steuern und Zöllen sind bedeutend erweitert; er kann sogar Organisationen einschließen, um an Stelle des Reichs Steuern zu erheben. So, sind wir denn ein afrikanischer Negersaat oder

sind wir ein Volk, das seine Ehre hat?

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Abg. Müller-Franken (Soz.): Und da haben Sie die Abstimmung frei? (Heiterkeit links.) Das Gutachten wird höchstens eine kurze Scheinbühne bringen, aber der Kassenminister wird folgen. Vielleicht wäre auch mit diesem Gutachten noch Günstiges zu erreichen, wenn wir eine von den Führern der Wirtschaft unterstützte und von einer Mehrheit des

Reichstages getragene Regierung hätten. So aber bleibt uns nichts anderes übrig, als

alle diese Gesetze abzulehnen.

(Zurufe links.) Und Sie wollen ruhig abwarten, wie die Ablehnung am nächsten Donnerstag ausfällt.

Unsere Parteifreunde aus dem besetzten Gebiet, die wir gehört haben, wünschen, daß nicht bloß noch dem Motto der Reichsregierung gehandelt wird, „das besetzte Gebiet soll nicht mehr Reparationsprovinz sein“, sondern daß nicht etwa ganz Deutschland eine Reparationskolonie werde, von der jeder einzelne Teil mehr leiden würde, als das besetzte Gebiet allein.

Wenn der Reichstagsler sagt, beim Scheitern dieser Vorlage würde alles drunter und drüber gehen, so sagen wir nein, das einzige, was eintraten wird, ist, daß neu verhandelt wird. Auch die Alliierten können auf eine Vereinbarung mit Deutschland nicht verzichten. Aber diese Vereinbarung wird nur besser ausfallen, wenn den Alliierten nicht eine Minderheitsregierung gegenübersteht, die sich auf die Linksparteien stützt, die doch weiß Gott, nicht als die besten Beschleuniger angesehen werden können. Das Beste für Deutschland herauszuholen wollen auch die Deutschnationalen. Das Ziel unserer Opposition ist, neue Verhandlungen herbeizuführen. Es braucht sich nicht die ganze Konferenz zu wiederholen, wohl aber Verhandlungen mit allen Beteiligten. Die Tatsache, daß der Vertrag in Deutschland nicht zustandekommt, daß die Zweidrittelmehrheit fehlt, diese Tatsache, muß neue, günstigere Verhandlungen zustandebringen, und dazu dient der Druck unserer Opposition. Neue Direktiven für die Regierung haben wir nicht zu geben. Sie liegen in unseren sieben Punkten. Wir gehen unseren Weg, wie unser Gewissen ihn vorschreibt. Ich möchte keine Besetzung, hier steht ich, ich kann nicht anders. (Stürmisches anhaltendes Gelächter.)

Stürmische Rufe: Auflösung! Auflösung!

Wenn wir um Einigkeit in Ländern und um Regierungserklärung hinhin wollen, können wir unsere Überzeugung jetzt gleich ändern können. Aber wir verzichten darauf um unseres Idealismus willen. Wir wollen als Triebkraft übrig bleiben. Am allerwenigsten lassen wir uns beeinflussen von der gemäßigten Presse, die den Weg zur Einheitsfront hässlich zerstört. Sie hindert aus parteipolitischen Gründen eine vernünftige Einheitsfront. Das ist doch die einzige gesunde Entwicklung, die kommen muß, wenn Ordnung, Autorität und wirtschaftliche Blüte wieder in Deutschland einkehren sollen. Als die Verhandlungen vor London schon zu gutem Ende gehen schienen, um die vernünftige Einheitsfront herzustellen, hat der

Reichspräsident mit einer Art Minimum eingegriffen.

Wer weiß, was in London hätte erreicht werden können, wenn uns. Sie verzichten auf deutsche Freiheit, wenn Sie das Gutachten unverändert annehmen würden. Was Ihre Arbeiter noch mit bitterem Schmerz empfinden werden. Solche Passiven wollen Sie im Wahlkampf geben. Wir treten ein für Einheit, Recht und Freiheit.

Darauf ergriff Genosse Dr. Hülferding das Wort. Ein Teil der Deutschnationalen und Völkischen verläßt unter Lärm nachdrücklich den Saal. Genosse Hülferding beginnt mit einer troffenen Abrechnung mit den Deutschnationalen.

(Schluß im Morgenblatt.)

## Matteottis Begräbnis.

Rom, 22. August.

Man hat es eilig gehabt, Matteotti zu begraben, furchtbar eilig. Zwei Monate hat er ohne Grabstätte bleiben können, den Raubtieren preisgegeben und den noch schlimmeren Menschen, aber dann mußte er schnell in die Grube, ganz schnell in der Nacht mußte er fort aus dem kleinen Friedhof von Riano, ein laufendes Automobil mußte ihn noch einmal verschleppen, von Karabinieren eskortiert: nur schnell mußte es gehen, ganz schnell, denn die Angst vor der Leiche überzog alles: Menschlichkeit und Vernunft, Anstand und Würde.

Es muß etwas Furchtbares sein um diese panische Angst, die für die Regierung von dem Toten ausging. Für Mussolini und die Seinen schien diesmal ihres Höchsten auf dem Spiel zu stehen, ihre Machtfstellung, die der Ermordete bedrohte, unerträglich, wie sie der Lebende bedroht hat. Also, schnell fort mit der Leiche, damit sich nicht die unübersehbaren Massen um sie scharten, die nach Willkuren zählende Menge derer, die unendliche Dankbarkeit für die Größe dieses Bekenntnisses, unendlicher Abscheu für die feige Niedrigkeit dieses Verbrechens.

Das Volk Italiens sollte es nicht wissen, daß ein nächstlicher Schnellzug die Leberreste Giacomo Matteotti nach langem Herumirren heimwärts brachte; es sollte es nicht wissen, denn sonst wären alle Blumen des Landes auf die Schienen gestreut worden, aus den einsamsten Flecken wäre man zur Bahn gepilgert, um den Zug mit dem Toten zu ehren, Männer, Frauen und Kinder hätten am Wege gekniet, segnend und verwühnend. Aber die, gegen die sich die Verwünschungen richteten, haben Angst gehabt, Angst vor dem Toten und seiner Forderung an die Lebenden. So hat man die Leiche durch Italien gekehrt, in dem törichtesten Wahn, sie loszuwerden, wenn man nur schnell den Grabstein über sie senkte!

So hat die Regierung zum zweitenmal „die Fäße angestemmt“, wie die vornehme Formel Mussolinis lautet. Und es ist vorzüglich gelungen, ein polizeitechnischer Triumph:

man hat rote Schleifen beschlagnahmt mit unpassenden Inschriften bei einem Haor hätte man es sogar fertig gebracht, die sozialistischen Abgeordneten, die die Leiche begleiten sollten, von der Abänderung der Stunde der Abfahrt erst zu benachrichtigen, nachdem der Zug fort war, Matteotti ist als ein Namenloser das letzte Mal durch Italien gereist.

Die Regierung lacht sich ins Fäustchen, daß alles „so gut geklappt hat“. Ihren Leuten fehlt eben die Möglichkeit, auch nur einen Augenblick zu begreifen, daß sie in diesen Tagen trotz ihres Rastens mit Waffen und Anbelobungen dem eigenen Lande fernere waren als der Tote in seinem dreifachen Sarge, viel ärmer an lebendigem Leben als der Ermordete, mehr abgesperrt von Licht, Freiheit und Zukunft als Matteotti in seiner Gruft. Der Faschismus weiß nicht von der Macht der Idee; er löst eine politische Aufgabe und wähnt, eine Idee begraben zu haben. Das feilsch zu betrieblische Geschick, das heute in Italien herrscht, ahnt noch nicht einmal, das Ideen unsterblich sind, solange Menschen für sie sterben.

Die Witwe Matteotti hatte gewünscht, daß die Leiche in der Heimat des Ermordeten, in Fratta Polesine, beigesetzt werde, wo er geboren ist und wo sein Vater und seine Brüder ihre letzte Ruhestätte fanden. Daß die Leiche von Riano ihren Weg über Rom nehmen würde, schien selbstverständlich: es war der kürzeste Weg, Rom war der Wohnort des Toten gewesen, er war Abgeordneter dieser Stadt. Die Regierung war aber fest entschlossen, nicht zu dulden, daß der Trauerzug Rom berühre. Damit sollte man aber den Willen dieser Frau brechen, die die Panzer ungeheuren Leides gegen jede menschliche Drohung furchtlos machte? Man appellierte an das Mitleid der Leidenden; man unterstellte, daß die Sozialisten bei dem Zug durch Rom ein Blutbad heraufbeschwören würden. Und so verzichtete die Witwe darauf, ihren Toten über Rom zu geleiten damit nicht neue Witwen neuen Toten des Faschismus das Geleit geben müßten. Aber sie sandte dem Minister des Innern den folgenden Brief:

„Grazziani, ich reise Mittwoch, den 20. August, von dem Bahnhof von Monterotondo ab, mit dem um acht Uhr morgens abgehenden Schnellzug Rom, Florenz, Bologna. Ich vertraue, daß Ew. Ez. strengstens erfüllen werden, was ich verlange.

Gerufen Sie zu verfügen, daß der erwähnte Schnellzug in Monterotondo so lange hält, als erforderlich ist, um den Wagon mit der Leiche meines Mannes anzulassen. Ich verlange, daß keine Vertretung der faschistischen Politik den Zug begleitet, daß kein faschistischer Wehemann, welchen Ranges er sei und welche Aufgabe er erfülle, sich bilden lasse, auch nicht als diensttuender Beamter. Ich verlange, daß kein Schwarzhemd sich vor dem Sarge und vor meinen Augen zeige, weder auf der Fahrt noch in Fratta Polesine, bis die Leiche begraben ist.

Ich will als einfache italienische Bürgerin reisen, die ihre Pflicht erfüllt und ihr Recht fordert; daher keinen Solowagen, kein referierendes Coupsé, keinerlei Vergünstigung, aber auch keinerlei Verfügung, um den fahrplanmäßigen Weg des Zuges abzuändern. Wenn aus Gründen der öffentlichen Sicherheit ein Ordnungsdienst nötig erscheint, so sei er italienischen Soldaten anvertraut. Gerufen Ew. Ez. mir die Versicherung zu geben, daß mein Wille in allem geschehen wird; auch falls Ew. Ez. sich nicht verpflichten könnten, das Beforderte auszuführen, ersuche ich, mich davon in Kenntnis zu setzen.“

Der Minister versprach. Er hat wohl in dem Augenblick eingesehen, daß Italien heute in zwei Lager geteilt ist, und daß die, die sich selbst den Feldruf „Bona Dumini“ erkoren haben, sich verfechten mußten, wo Matteotti's Leiche vorüberfuhr. Ehren kann die heutige Regierung unseren Toten nicht — wie sollte sie das können? — sie tat ihr höchstes, indem sie einer Forderung der Schickslichkeit und moralischen Sauberkeit gewohnenermaßen Rechnung trug. Oder doch versprach, es zu tun.

Aber selbst das hat der ritterliche Faschismus nicht umsonst getan. Um 11 Uhr hatte die Witwe den Brief überbringen lassen; der Minister war bis 1 Uhr abwesend und gab um 3 1/2 Uhr nachmittags den Bescheid, daß er alles bewillige, nur habe die Abfahrt nicht erst am nächsten Morgen, sondern am demselben Nachmittag um 5,40 Uhr von Monterotondo aus zu

erfolgen. Da die Witwe mit hohem Fieber im Bett lag, konnte sie zur festgesetzten Stunde nicht reisen. Man schämte sich sogar nicht, durch Kommunikationen in den faschistischen Zeitungen eine falsche Abfahrtsstunde bekannt zu geben und zu versuchen, den Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktion das rechtzeitige Einfinden in Monterotondo unmöglich zu machen. Um 3 Uhr erschien ein Camion der Polizei mit zwei anderen Kraftwagen, in denen ja 50 Carabinieri waren, um mit einem Schreiben der Präfektur die Leiche von Riano zu begeben, von wo es im rasenden Lauf nach Monterotondo ging. Der Tote hatte alle... die Toten hatten alle!

In Monterotondo waren mit knapper Not die Vertretungen des Senats und der Kammer eingetroffen, denen man den bereits verriegelten Wagon vorwies. Die Senatoren und Abgeordneten ließen den Wagon entriegeln, um die Kränze der beiden Parlamente neben dem Sarg niederzulegen. Dann kam der Schnellzug, der Wagon mit dem Toten wurde angepöpselt, die Verwandten und die sozialistischen Abgeordneten stiegen ein und es ging fort, in fliegender Hast, während die zurückgebliebenen Abgeordneten, Eisenbahner und Journalisten niederknieten.

Es war gut, daß die Witwe im Fieber in Rom lag und nicht der Leiche folgen konnte. So blieb es ihr erspart, in Bologna von einigen fünfzig Faschisten angepöpselt zu werden, die in den Bahnhof gedrungen waren, obwohl die Bewachung streng genug war, um die Vertretung der sozialistischen Fraktion der Stadt auszusperren und ihr den roten Kranz zu entreißen. Die Faschisten waren da, um zu zeigen, was das Wort eines faschistischen Ministers des Innern wert ist, und um dem Abgeordneten Gonzales zuzurufen, mit einem Fingerzeig auf den Wagon mit der Leiche: „Das ist der erste Abgeordnete.“

Uns will es nicht scheinen, als ob das faschistische Regime die Schultern dazu hätte, einen zweiten solchen Toten zu tragen! Mag sein, daß es mehr Würder stellen kann als wir Bekenner vom Ausmaß Giacomo Matteotti. Immerhin gibt es, zur Ehre des Landes sei das gesagt, noch genug Menschen in Italien, die lieber den Weg Matteotti gehen, als den jener Faschisten von Bologna, in denen der Anblick des Leichenwagens Matteotti nichts wahrhaft als ihre eigene Gemeinheit.

## Herriots Sieg in der Kammer.

Generalsturm der Opposition. — Starke Mehrheit für die Regierung.

Paris, 24. August. (Fig. Drahtbericht.) In einer neuen Nachtigung vom Sonnabend zum Sonntag, die sich bis heute 5 Uhr morgens hinzog, hat die Kammer die Debatte über die Londoner Konferenz zu Ende geführt. Sie hat zum Schluß eine von den Parteien des Linksblocks gemeinsam eingebrachte Tagesordnung mit 336 gegen 204 Stimmen angenommen.

Diese begünstigt die Regierung, durch die Einführung des Prinzips der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit eine praktische und friedliche Lösung des Reparationsproblems im Geiste der nationalen Zusammenarbeit und Eintracht erreicht zu haben, und spricht ihr das Vertrauen aus, daß sie in den künftigen Verhandlungen über die internationalen Schulden sowie gelegentlich der letzten Tagung des Völkerbundes das Werk der Gerechtigkeit bzw. des Friedens fortsetzen wird und so die Sicherheit Frankreichs und die Wiederaufrichtung Europas gewährleisten hilft.

In den Kreisen der Linken herrscht über das Abstimmungsergebnis allgemeine Genugtuung, insbesondere, weil jetzt bewiesen ist, daß die Behauptung der Gegner, die Mehrheit des 11. Mai sei ein Produkt des Zufalls, Ungegründet wurde. Die Mehrheit der Kammer, die die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen gebilligt und damit die Regierung Frankreichs zu ihrer endgültigen Unterzeichnung autorisiert hat, reicht von den Sozialisten bis zu den Gruppen der radikalen Linken (Fraktion Boucheur), hinaus bis in das Lager der Antirepublikaner, von denen eine große Anzahl gestern gegen die eigene Fraktion stimmte.

Geschlossen haben gegen die Ratifikation der Londoner Beschlüsse mit der äußersten royalistischen Rechten und Anhängern des Nationalen Blocks die Kommunisten gestimmt.

Der letzte Tag der Interpellation brachte den Generalsturm der Gegner des Ministeriums. Nicht weniger als vier ehemalige Mitglieder des Kabinetts Poincaré nahmen daran teil. Herriot, der gestern ungewöhnlich gut in Form war, blieb jedoch auf seinen Angriff die Antwort schuldig und erhob sich, nachdem er in scharf zugelegten polemischen Zwischenbemerkungen die Argumente widerlegt hatte, mit denen die Anhänger der Gewaltpolitik das Werk der Verständigung sabotieren zu können glaubten, in einer Schlußrede zu einer Größe der politischen Moral und zu einem Adel der Gesinnung, der selbst die lautesten Schreier des Nationalen Blocks verstummen ließ. „Mit einem Schlag“, so beschrieb der „Quotidien“ den Eindruck dieser Rede, „sprengte er die Fesseln, die die Gegner ihn anzulegen versuchten, vertauschte er die Rollen und ließ jene zu Zwergen werden, die sich der Ehrlosigkeit ihrer eigenen Taktik bewußt waren. Am eindruckvollsten, man möchte fast sagen: am rührendsten war der Ton, in dem er zu ihnen sprach. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, seine Gegner durch sanfte Ueberredung und durch den Appell an den gesunden Menschenverstand zu überzeugen. Wie ein guter Hirte, der die verirrteten Lämmer sammelt, lenkte er ihre Blicke auf das Ruhebedürfnis der Welt und den noch schwachen Schein der Morgenröde einer neuen Zeit, die aus dem Dunkel der blutigen Nacht herauszubämmern beginnt, versuchte er ihnen zu zeigen, was ihre gebendeten Augen bisher aus eigener Kraft nicht zu sehen vermochten.“

In der Tat hat Herriot gestern Töne gefunden, wie sie in einem französischen Parlament seit Kriegsausbruch nicht mehr gehört worden sind. Entweder, so führte er aus, müsse man den Dames-Plan in Bezug und Bogen ablehnen oder man müsse sich der Notwendigkeit beugen, daß er eine

ständige Zusammenarbeit nicht nur zwischen den Alliierten selbst, sondern zwischen diesen und Deutschland

erfordere. Man müsse endlich Schluß machen mit dem Sophismus, daß, um Frankreich leben zu lassen, Deutschland ruiniert werden müsse. Man habe geglaubt, auf diese romantische Idee den Frieden aufbauen zu können, aber man habe sich bald davon überzeugen müssen, daß, wenn Frankreich bezahlet werden soll, zunächst Deutschland arbeitsfähig gemacht werden müsse. Das Hauptverdienst des Dames-Planes sei, daß er die Solidarität der Interessen, die durch die ökonomischen Gesetze weit sicherer gewährleistet werden, als durch die Politik, ins rechte Licht gesetzt habe. Wenn man wirklich den Frieden wolle, so müsse er auf wirtschaftlichen Beziehungen aufgebaut werden. Jeder andere Friede sei nur ein trügerischer Schein. Frankreichs Aufgabe sei, den anderen Völkern auf diesem Wege voranzugehen, sie zu führen und ihnen zu helfen und die Schwierigkeiten, auf die sie dabei stoßen würden, zu überwinden. Nicht durch Zwang und nicht durch Mittel der Gewalt, nicht durch die Tat und nicht durch Ultimata könne der Zustand eines dauernden Friedens erreicht werden, wie ihn die französische Regierung erstrebt. Darüber hinaus aber dürfe man nicht vergessen, daß dauernde Ueberwindung der Kräfte eines Landes eines Tages zum Zusammenbruch führen müsse und daß Frankreich nach den langen Jahren übermenschlicher Kraftanstrengungen der Ruhe bedürfe, um Ordnung im Innern zu schaffen und seine schwer zerrütteten Finanzen und seine Währung zusammenzunehmen zu können. Dem Parlament stehe es frei, den von der Regierung vorgeschlagenen Weg zu verlassen und die Fortführung der bisherigen Politik, die Frankreich vor Enttäuschung zu Enttäuschung geführt habe, zu beschließen, aber er habe es für seine Pflicht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die Frankreich daraus entstehen würden.

Die Verwerfung der Londoner Beschlüsse bedeute für Frankreich nicht nur eine neue Währungskaustrophe, sondern die Rückkehr zur Politik der Gewalt, weit schärfer noch, als sie früher gewesen sei.

Die Regierung rühme sich nicht, in London einen großen Sieg errungen und glänzende Erfolge nach Hause gebracht zu haben, aber sie habe das Bewußtsein, ein anständiges und ehrliches Werk vollbracht zu haben, ein Werk, das auf Vernunft und Klugheit aufgebaut sei. Herriot schloß: Ich bringe noch nicht den Frieden, aber die berechtigte Hoffnung auf diesen Frieden möchte ich. Ich bringe den ersten bliehlichen Schein einer Morgenröde, die das Ende einer in Blut getauchten Nacht von Leiden und Schmerzen ankündigt.

## Frauen und Friede.

Von S. Weisels.

1. Frauen und Friede — das klingt gut, nicht allein wegen der Alliteration. Frauen und Friede gehören zusammen, weil die Frau zugleich die Mutter und die Mutter das Heim bedeutet, und am häuslichen Herd, um es hochsprachlich auszudrücken, der erste Friedensvertrag geschlossen wurde. Am häuslichen Herd wachte die Mutter, da herrschte ihre Liebe, und wo die Liebe Regentin ist, da hat der Friede seinen Thron aufgeschlagen.

Der Sohn des Menschen hat den Vater aller Dinge, den Krieg, in die Welt gebracht und die irdische Welt durch Anschauungen von „kriegerischen Tugenden“, von „lebendigem Heidentum“ (offenbar weiß man im Kriege töden oder getötet werden kann), vom „Stahlbad der Völker“ oder auf ähnliche Weise verführt. Die Frau dagegen hat „der Leidenschaften wilden Drang“ bezähmt und in der Welt die Atmosphäre des friedlichen Daseins geschaffen.

2. Die modernen Dramen behandeln häufig das Problem der Erlösung des Mannes durch die Frau. Es ist schwer zu sagen, ob und inwieweit der einzelne Mann durch die einzelne Frau erlöst werden kann; im Leben dürfte sich dieser Fall nur selten ereignen. Aber möglich ist es, daß dereinst die gesamte Männerwelt durch die Frauenwelt vom Kriege erlöst werden wird. Oder sollte es wirklich nur ein Zufall sein, daß der erste Ruf: „Die Waffen nieder!“ aus Frauenmund erscholl?

3. Der Mann kennt die Pflicht zur Tapferkeit — zur Tapferkeit im Kriege, versteht sich. Auch die Frau hat zu allen Zeiten die Pflicht, tapfer zu sein, gefasst und sie gelibt. Das Leben, die harte Wirklichkeit hat ihr oft diese Pflicht mit unerbittlicher Strenge auferlegt; sie hat sich dieser Pflicht nicht entzogen, sondern sie jederzeit und allerorten mit Liebe und Opferfreudigkeit erfüllt.

Freilich, die Tapferkeit, wie der Mann sie auffaßt, ist der Frau stets fremd geblieben. Der Frauen Tapferkeit ist eine edelmütige Tapferkeit, die all die schönen Menschlichkeiten, deren der Mensch noch fähig ist, zutage fördert. Des Frauenherz hat sich in seinen Liebeswerken viel tapferer erwiesen als der Mann in seinen Grausamkeiten im Kriege.

4. Weitsichtige Bücher sind über den Krieg geschrieben worden, und immer wieder sind Geschichte, Naturwissenschaft und Philosophie herangezogen worden, um darzutun, daß Krieg und Geschichte sich gegenseitig bedingen, sich gegenseitig voraussetzen, daß die Welt ohne Kriege gar nicht bestehen könne.

Aber die eine Hälfte der Menschheit hat ohne Krieg bestanden und ist dabei ganz gut vorwärts gekommen. Es ist bei allem Suchen nicht zu entdecken, welche Tugenden es wären, die der Mann sich im Kriege angeeignet hat, deren Fehlen bei der Frau man als einen bedauerlichen Mangel empfinden könnte.

5. Die Natur hat die Frau an eine Stelle gestellt, wo sie durch Liebe, Fürsorge und Hingebung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Verbundenens in sich und in andern erzeugt. Die Frau hat die Familie, die Zelle im Organismus der menschlichen Gesellschaft, geschaffen, vielleicht gelingt es ihr einmal, den ganzen Organismus auf Liebe und Frieden einzufußeln.

Die Frau kann um so eher für den Frieden wirken, als sie von kriegerischen Traditionen nicht belastet ist. Ihre Traditionen sind Liebe und Friede. Noch in den schwersten Männerkriegen hat die Frau Liebes- und Friedenswerte geleistet. In dieser Beziehung sind die Frauen tatsächlich der Menschheit bessere Hälfte.

Abhaffung der Vivisektion in der Schweiz? Am 31. August wird im Kanton Zürich eine Volksabstimmung über die Vivisektion stattfinden. Das Verbot der Vivisektion im Kanton Zürich würde höchstwahrscheinlich zur Folge haben, daß sich auch ein großer Teil der anderen schweizerischen Kantone diesem Verbot anschließen würde. Schweizerische Zeitungen bringen eine Uebersicht über das, was die Anhänger und die Gegner der Vivisektion vorzubringen haben. Die Vivisektionsgegner wollen „massenhafte und schauerhafte Tierquälereien abschaffen, wie sie bei der wissenschaftlichen Tierfütterung begangen werden“. Als weiteren Grund führen sie an, Tierversuche seien naturwidrig und trügerisch und deshalb nicht notwendig zum Wohle der Menschheit und zur Förderung der Wissenschaft. Demgegenüber führen die Anhänger der Vivisektion aus, daß kein Land so weitgehende Vorschriften zur Einschränkung der Vivisektion kennt wie der Kanton Zürich. — Viele Krankheiten wie Typhus, Diphtherie, Scharlach, Tuberkulose usw. entstehen nur durch Infektion von Bazillen oder Viren; die Erkenntnis, der wir die Möglichkeit der Heilung, Verhütung und Bekämpfung der genannten Krankheiten verdanken, konnte nur auf Grund sorgfältiger Versuche an lebenden Tieren gewonnen werden. Wenn wir allerdings über die Verhütung anderer Krankheiten, z. B. des Krebses, heute noch im Unklaren sind, so würde ein Vivisektionsverbot nur die weitere Erforschung derselben in hartem Maße erschweren. Biele Mittel zur Bekämpfung von Krankheiten, wie z. B. das Heilserum für Diphtherie usw., können nur durch Verwendung lebender Tiere gewonnen werden. Der Tierverlust hat auch für die Erhaltung des Tierbestandes große volkswirtschaftliche Bedeutung. Es wird doch allein der Wert des Viehbestandes der Schweiz auf 1,4 Milliarden Franken geschätzt. Das ist ein für sich bedauerliche Missetat mit den Tieren, die bei der Wissenschaft ihr Leben lassen müssen, darf nicht so weit getrieben werden, daß dabei das Wohl der Menschheit zu Schaden kommt.

Das deutsche Sängerbundesfest, das neuntes in der Reihe und das erste seit dem Krieg wurde am Sonntag in Hannover eröffnet, nachdem am Samstag ein Begrüßungskonzert stattgefunden hatte. Es haben sich 40 000 Sänger eingefunden. Die Reihe der festlichen Veranstaltungen wurde am Sonntag vormittag eingeleitet mit einer Aufführung im Stadion, wo unter der Leitung von Prof. Wohlgenuth-Belzig 10 000 Sänger Chöre zu Gehör brachten. Der Bundesvorsitzende, Rechtsanwalt Friedrich Wst. Berlin, hielt eine Ansprache, die in dem Bewußtsein unserer Gesellen auslang. Am Nachmittag bewegte sich durch die reichgeschmückten Straßen der Stadt nach der Stadthalle ein Festzug der Sänger, dessen Vorbeimarsch nahezu vier Stunden dauerte. Gegenüber besonderer Aufmerksamkeit und Ehrung waren die Gesangsvereine aus den besetzten Gebieten, aus dem Saargebiet und aus Danzig. Das Bundesbanner von Danzig trug als Zeichen der Trauer Trauerlilien. Kultusminister Heilmann überreichte die Größe des Reiches und preussischen Regierung. Der Reichspräsident feierte in seinem Glückwunschtelegramm die Bedeutung des volkstümlichen Gesanges.

Der Blutgeschmack der Mücken. Die Mücken haben augencheinlich einen feinen Geschmack für die verschiedenen Arten des Blutes. Das merkt man nicht nur daran, daß sie manche Menschen ungeschoren lassen, deren Blut ihnen augencheinlich nicht behagt, sondern das geht vor allem daraus hervor, daß es Mückenarten gibt, die sich nur vom Blut der Menschen ernähren, und andere, die Tierblut bevorzugen. Nach Untersuchungen des französischen Zoologen Legendre, über die in der „Lumina“ berichtet wird, läßt z. B. Culex pipiens in der Bretagne nie einen Menschen, obgleich die Mücken zur Eiablage die Wasseransammlungen in der Nähe menschlicher Wohnungen aufsuchen. Auf Grund von Darmuntersuchungen läßt sich schließen, daß diese Mückenart nur von Vogelblut lebt. Auch andere Mückenarten nähren sich ausschließlich von Tierblut. Der Gelehrte mocht nun den Vorschlag, in Gegenden, wo es keine oder nur wenige solcher tierblutliebenden Mückenarten gibt, diese Formen anzubauen, damit in dem dadurch entstehenden Kampf ums Dasein die Mückenarten, die den Menschen bevorzugen, verdrängt und vernichtet werden. Zu dieser „biologischen“ Bekämpfung der Mückenplage ist es aber notwendig, die Lebensgewohnheiten der einzelnen Mückenarten in den verschiedenen Gegenden genau zu erforschen, denn ihre Ernährungsformen sind zum Teil vom Aufenthaltsort abhängig. Culex pipiens, der in der Bretagne nur Tiere angreift, nährt sich z. B. in Kleinstädten auch von Menschenblut.

Mascagni in Berlin. Zwischen der Operngesellschaft Mascagni und einem Berliner Konviktium wurde ein Vertrag abgeschlossen, monach Mascagni mit seiner Sängerschaft vom 10. September an in der neuen Künigshausenstraße, die 16 000 Zuschauer faßt, die „Aida“ zur Aufführung bringen wird.

Matthias Dörmannsches Institut. Direktor des bayerischen Staatshygieneinstituts ist am Sonnabend in München im 61. Lebensjahr gestorben. Nach seinem erfolgreichen Amtsjahren in Bonn kam er auf Vossars Ruf 1893 an das Münchener Hofthier und wurde hier für viele Jahre der obligate Leiter des Instituts. Seine schöne Stimme, gute Figur und die klare Meisterschaft von ihm beehrte Redearten fanden ihm dabei zu hatten.

## Zwei Volksfeste.

Zugunsten armer und erholungsbedürftiger Kinder hatte das Bezirksamt 7 Charlottenburg im neuen Volkspark in der Jungfernheide ein großangelegtes Volks- und Kinderfest veranstaltet. Vor kurzem war schon an dieser Stelle des „Vorwärts“ ausführlich auf den Volkspark hingewiesen worden; wir können heute nur bestätigen, daß das Bezirksamt mit dieser Anlage musterhaftes geschaffen hat. Für alle Sportarten sind Beteiligungsbedingungen vorhanden, wer keinen speziellen Sport treibt, hat hinreichend Gelegenheit, Erholung und Erfrischung von des Tages Last und Mühen zu finden.

Ungezählte Massen besiedelten gestern den Park, und selbst der Hagelschlag in den frühen Nachmittagsstunden hielt die Bewohner der umliegenden Stadtteile nicht ab. An vielen Stellen boten alle möglichen Sportvereine ihr Können dar; Ruff- und Orchestervereine, Gesangsvereine, Schwimmsportvereine und eine Anzahl Sportclubs waren bestrebt, dem Publikum Unterhaltung zu bieten. Daneben gab's für die Kinder Kaspertheater, Reigen und Spiele und am Abend Feuerwerk und einen Feuertanz. Es soll zugegeben werden, daß sich das Jugend- und Wohlfahrtsamt alle Mühe gegeben hat, den Besuchern etwas zu bieten. Durch den Massenbesuch ist auch bewiesen, daß weite Kreise der werktätigen Bevölkerung Interesse an solchen Veranstaltungen haben; Lachsel aber, daß trotz der Mannigfaltigkeit der Darbietungen niemand recht auf seine Kosten kam. Einige wenige Hundert, die in den ersten Reihen an diesem oder jenem Vorführungsplatz standen, sahen, hatten Gelegenheit, den Spielen folgen zu können. Die anderen liefen ziel- und planlos umher und landeten schließlich in den benachbarten Gartencafés. Die Hauptstadt an diesem Mißerfolg trug natürlich auch das Wetter, das es nicht gestattete, die Spiel- und Lagerplätze, die Planwirtschaft und das Freibad zu besuchen. — Leider hatte das Bezirksamt nur rein bürgerliche Vereine zur Mitwirkung herangezogen. Auf eine Kräfteverteilung es mit, daß es bekannt sei, daß der Arbeiterpost sich nicht mit bürgerlichen Sportern zusammen beifüge.

Ich vollstündig ging es auf dem Erntefest der Laubentolonie „Rähenlust“ an der Jungfernheide zu. Die Kolonie feierte ihr 25. Erntefest. Man muß sagen, daß dieser Verein wirklich weder Kosten noch Mühe gescheut hatte, seinen Gästen und auch sich selbst etwas zu bieten. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Wort, daß ein bißchen Regen (und sei es auch ein Wolkenbruch) den richtigen Reiz nicht geniert. Trotzdem der Himmel alle Augenblicke seine finstere Miene aufsetzte, formierte sich doch ein mächtiger Festzug, an dem nicht nur die festgebenden Kolonisten mit Bauern, Schneidern, Rindergigen und Entenwagen und Mitspieler teilnahmen, sondern auch die umliegenden Kolonistenvereine traten mit Deputationen zahlreich an. Interessant ist allemal die humoristische Auffassung von den Dingen, die von den einzelnen zugabe gefordert wird, die bei allem Offiziellen den Wit und das Vergnügen nie zu kurz kommen läßt. Wie komisch wirkt es z. B., wenn die Bannerabteilungen der Kolonien „Thymian“ oder „Brennholz“ im Brautrock, mit Spindeln und weißen Handschuhen auftreten. Erstaunlich ist, daß alles so gewertet wird, wie es gemeint ist; nie stört ein Mißton — abgesehen von den braunen Biechbüchern — sich ein Volksfest. Daß es auf einer Laubentolonie wirklich etwas zu ernten gibt, beweisen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Lombola. Von den Reifentritten, die dort zu gewinnen waren, hätten ein halbes Dutzend genügt, um ein ganzes Oktoberbierfest zu versorgen. Gegen Abend wurde dann noch ein Festspiel „Eine Gemeinderatsitzung in Rähenlust vor 300 Jahren“ aufgeführt, das zwei Kolonisten verfaßt hatten, und schließlich gab's noch Kinderfahrgelug und Feuerwerk.

## Eine dreifache Gattenmörderin?

Verhaftung unter dem Verdacht eines weiblichen Blaubarts.

Wegen Gattenmordes ist die 55 Jahre alte Witwe Marie Krüger geborene Schulburg, verwitwete Zippel aus Hammer im Kreise Ost-Berlin von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Am 18. September 1923, morgens um 5 Uhr, wurde in Hammer der 73 Jahre alte Bandwirt und Stelmacher Louis Krüger in seinem Wohnzimmer auf dem Ruhebett tödlich durch einen scharfen Schlag von seiner Frau tot aufgefunden. Aus der Rückschau ihrer Raub- und Qualm entgegen, der von einem heißen Meißel herrührte, den der Mann mitten im Raum aufgeschichtet und angezündet haben soll. Frau Krüger gab an, daß ihr Mann in geistiger Unmündigkeit Brandstiftung verübt und dann Selbstmord begangen habe.

Trotzdem verschiedene Anzeichen gegen einen Selbstmord sprachen, wurde doch der allgemeinen Ansicht glauben geschenkt und Frau Krüger, die zuerst in Haft genommen war, von den Behörden wieder außer Strafverfolgung gesetzt.

Frau Krüger war schon dreimal verheiratet und immer mit Männern, die erheblich älter waren als sie. Als sie jetzt wieder, kaum ein Jahr nach dem Tode ihres dritten Mannes, auf Heiratsanzeigen in Berliner Blättern anwortete, und dabei wieder alte Männer bevorzugte, wurde man erneut auf sie aufmerksam. Die harrigen Behörden wandten sich an die hiesige Kriminalpolizei. Die Ermittlungen führten zu dem Ergebnis, daß der alte Krüger unbedingt von fremder Hand getötet sein muß. Man durchsuchte das Vorleben der Frau Krüger und kam zu überraschenden Einzelheiten. Frau Krüger war in Hamburg als Wirtin in den verschiedensten öffentlichen Häusern, besonders in der Schwitzgasse, tätig. Da sie geschäftlich tätig und sparsam war, konnte sie sich nach einiger Zeit in der Großen Theaterstraße ein Hotel mit 60 Zimmern kaufen. Im Jahre 1915 starb ihre Pflegemutter in Sonnenburg und sie zog in ihre Heimatstadt zurück, angeblich um ihren alten Vater zu pflegen. Nach im selben Jahre betrat sie den alten Herrn. Zeugen, die jetzt ermittelt sind, und die zu jener Zeit in ihrem Hause als Landwirt einquartiert waren, geben ihr das denkbar schäblichste Zeugnis. Den Betrieb, den sie in den öffentlichen Häusern Hamburgs kennen gelernt hatte, setzte sie in ihrer Wohnung fort. Nach einjähriger Ehe starb der alte Mann. Er soll an einer inneren Krankheit gelitten haben. Es tauchte das Gerücht auf, daß er keines natürlichen Todes gestorben sei. Als ehemalige Pflegerin und tüchtige Ehefrau war sie seine alleinige Erbin. Im Jahre 1919 hat sich für eine zweite Heiratsangelegenheit in dem benachbarten Dorfe Kriesch. Sie ehelichte einen 72 Jahre alten Bandwirt Zippel. Nach fünfmonatlicher Ehe starb Zippel unter verdächtigen Umständen. Ein Freund, dem er am Abend zuvor noch gefügt hatte, daß er an starkem Durchfall litt, fand ihn am nächsten Mittag vor seinem Bett tot im Bett liegen. Er soll an Magenkrebs gelitten haben. Wieder war die Ehefrau nach einem vorgefundnen Testament Unerbin. Die damalige Frau Zippel kaufte sich in einem anderen Dorfe Nützlich eine Villa, um dem in Kriesch ganz unabhängig von Sonnenburg wieder auftauchenden Gerücht, sie habe ihren Ehemann ermordet, aus dem Wege zu gehen. Von hier aus suchte sie auf Heiratsanzeigen hin wieder neue Bekanntschaften zu knüpfen. So gelang es ihr auch tatsächlich, im Jahre 1921 den 73 Jahre alten Landwirt und Tischlermeister Louis Krüger zu betören. Dieser, ein angesehenener Mann, verließ seine Verwandten, die ihm die Wittenschaft übertrugen, um im Juni 1922 Frau Zippel zu heiraten. Ein Testament, das zugunsten seiner Verwandten gemacht war, ließ er um und setzte „sein liebes Marienchen“ zur alleinigen Erbin ein. Als Krüger im September 1923 tot aufgefunden worden war, bemühte sie sich, aus der Untersuchungshaft entlassen, durch Heiratsanzeigen in Berliner Blättern neue Bekanntschaften anzuknüpfen. Durch ihre ausdauernde Wärmeflügel stieg der Verdacht auf, daß man es hier mit einem weiblichen Blaubart zu tun habe. Darum wurde sie von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet und zur weiteren Vernehmung nach Berlin gebracht. Sie bestreitet entschieden, ihren Mann ermordet zu haben. Endgültige Aufklärung werden erst die Ermittelungen der Behörden und die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei ergeben.

# Beratungen im Auswärtigen Ausschuss.

## Industriegesetz und Eisenbahngesetz.

Am Sonntag vormittag beschäftigte sich der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zunächst mit den Gesetzentwürfen über die Industriebelastung und über die Ausbringung der Industriebelastung.

Reichswirtschaftsminister Hamm hob einleitend einige wichtige Gesichtspunkte der beiden Gesetze hervor. Der Gedanke einer Gesamtbürgschaft der deutschen Wirtschaft für die Reparationsforderungen sei bekanntlich nicht neu. Er habe insbesondere seinen Ausdruck gefunden im Memorandum der deutschen Regierung vom 7. Juni vorigen Jahres, in dem eine Gesamtbürgschaft von 10 Milliarden Mark mit 5 Proz. jährlich in Aussicht genommen war. Die Landwirtschaft sollte nach dem Dawes-Plan aus dieser Haftung auscheiden. Die Industrie einschließlich der Bergwerke und der Schiffahrt sei aber im Sachverständigenbericht ausdrücklich als haftungspflichtig erklärt worden für eine Summe von 5 Milliarden Gesamtsatz mit 5 Proz. Zinsen und 1 Proz. Tilgung. Der Minister wies dann darauf hin, daß — soweit es überhaupt auf Grund und im Rahmen des Sachverständigenberichts möglich gewesen sei — es in den Verhandlungen in Paris gelungen sei, gewissen Befürchten zu begegnen, die sich aus dieser Industriebelastung für die Unabhängigkeit und Selbstführung der deutschen Wirtschaft ergaben.

Hierauf schloß sich eine längere Aussprache, die sich mit Einzelheiten der Gesetzesvorlagen beschäftigte.

Besonders über die Bestimmungen, die den Kreis der Belastung

betreffen, wurde stark debattiert. Bekanntlich ist der Zweck, den das Sachverständigengutachten mit der Belastung der deutschen Wirtschaft mit den Industriebelastungen verfolgt, der, in den ersten Jahren anstehende, im Beherrschungszustand 300 Millionen Goldmark betragende Jahresleistungen für Reparationszwecke aufzubringen, während der Kapitalanspruch von 5 Milliarden Goldmark in keinem Falle anders als durch allmähliche Tilgung befriedigt werden soll. Nach § 2 des Gesetzes zur Ausbringung der Industriebelastung sind ausbringungspflichtig die Unternehmer sämtlicher industriellen und gewerblichen Betriebe mit Einschluß des Bergbaues, des Verkehrs, Bank-, Versicherungs-, Gas-, Schanz- und Beherbergungsgewerbes sowie des Handels. Unternehmer von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieben, von Viehzucht-, Weinbau- oder Fischereibetrieben sind nicht ausbringungspflichtig.

Auf Antrag des Abg. Dr. Reichert (Dnkt.) wurde vom Ausschuss beschlossen, dieser Bestimmung hinzuzufügen, das auch Nebenbetriebe landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Charakters, die zu industriellen und gewerblichen Betrieben gehören, nicht ausbringungspflichtig sind.

Hinsichtlich des § 2 des Aufbringungsgesetzes, der die Einbeziehung der öffentlichen Betriebe

in den Kreis der Ausbringungspflichtigen enthält und der vom Reichsrat gestrichen worden war, kam es zu umfangreichen Erörterungen.

Auf Antrag der Abg. Dr. Cuckas (Dnp.) und Dr. Schneider (Dnp.) wurde beschlossen, in das Gesetz einzufügen, daß öffentliche oder dem öffentlichen Verkehr dienende Sparkassen als werdende Betriebe gelten, wenn sie sich nicht auf die Pflege des eigentlichen Sparkassengewerbes beschränken.

Hierauf wurde § 2 des Aufbringungsgesetzes nach der Regierungsvorlage mit den entsprechenden beschlossenen Änderungen angenommen.

Zusätzlich wurde in dem Gesetzestext, der die Sicherungen betrifft, auf Antrag des Abg. Dr. Schneider (Dnp.) eine Änderung beschlossen. Der diesbezügliche § 10 bestimmt, daß bei der Bank für Deutsche Industriebelastungen eine Ausgleichs- und Sicherungsrücklage gebildet wird. Die Regierungsvorlage hatte vorgesehen, daß in diese Rücklage neben den Leistungen gemäß § 5 der Gesetzesvorlage Zuschläge von 10 Proz. fließen sollen, die die ausbringungspflichtigen Unternehmer zu den von ihnen auf Grund dieses Gesetzes geschuldeten Beträgen zu leisten haben. Es wurde nun der Antrag des Abg. Dr. Schneider (Dnp.) angenommen, der diese Zuschläge von 10 auf 5 Proz. ermäßigt. Erst wenn die Rücklage den Betrag von 150 Millionen Goldmark erreicht hat, sollen die Zuschläge 10 Proz. betragen. Sie werden außer Hebung gesetzt, sobald die Rücklage den Betrag von 300 Millionen Goldmark erreicht hat. Sinkt die Rücklage unter diesen Betrag, so ist der Zuschlag vom nächsten Zahlungstermin ab wieder zu entrichten; jedoch kann die Reichsregierung in diesem Falle den Zuschlag nach Anhörung der Bank ermäßigen.

Angenommen wurde ferner eine Entschärfung des Abg. Dr. Beder (Dnp.), daß die Reichsregierung bei demnachstiger Aenderung der Einkommensteuergesetze die Abzugsfähigkeit der nach dem Aufbringungsgesetz zu zahlenden Jahresleistungen und Zuschläge vom steuerpflichtigen Jahreseinkommen vorzusehen möchte.

Damit waren die Gesetzentwürfe über die Industriebelastung und die Ausbringung dieser Industriebelastung vom Ausschuss erledigt.

Es folgt die

## Beratung des Reichsbahngesetzes.

Staatssekretär Vogt (Reichsverkehrsministerium) betonte in der Begründung der Vorlage, es sei der deutsche Delegation in London gelungen, den deutschen Charakter der Reichsbahn-Gesellschaft weit stärker durchzusetzen als es im ursprünglichen Dawes-Gutachten vorgesehen war. Die Tarifhöhe des Reiches ist voll gesichert mit der einzigen Beschränkung, daß der Zinsendienst des Unternehmens nicht gefährdet darf. Auch im übrigen sind die Hoheitsrechte des Reiches in stärkster Weise gewahrt. Die finanzielle Belastung, die sich vom vierten

Jahre auf 660 Millionen Goldmark für die Reparationsobligationen beläuft, wird bei normaler Entwicklung des Verkehrs nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit durchaus tragbar sein.

Abg. Quast (Dnkt.) bezeichnete die Belastung der Reichsbahn mit 26 Milliarden als viel zu hoch. Durch die Vorzugsaktien und den Kommissar sei der deutsche Charakter des Unternehmens so gefährdet, daß man von einem deutschen Unternehmen nicht mehr reden dürfe. Die versprochene und durchaus notwendige Tarifermäßigung werde sich nach Annahme des Dawes-Gutachtens kaum durchführen lassen. Warum führe man sie nicht sofort ein? Der Redner richtete an den Verkehrsminister die Frage, ob ihm die Bindungen in der Weise auferlegt seien, daß er vor Annahme des Gutachtens in der Tarifpolitik den Bedürfnissen der Wirtschaft nicht Rechnung tragen, sondern das erst nach der Annahme gewissermaßen als Befolgung tun dürfe.

Reichsverkehrsminister Oser wies darauf hin, daß es sich um eine Zwangsvorlage handele, und daß deshalb die deutsche Reichsregierung nicht alles nach ihren Wünschen habe gestalten können. Auf die Tarifpolitik hat die Reichsregierung nach Annahme der Vorlage stärkeren Einfluß als unter der jetzt geltenden Rechtsverordnung vom Februar. Die Regierung kann allerdings nicht mehr mit der gleichen Freiheit wie früher der Wirtschaft in Krisenzeiten durch wesentliche Tarifermäßigungen zu Hilfe kommen. In der Frage der Tarifgestaltung seien keinerlei Bedingungen eingegangen. Die Sachverständigen hätten allerdings die deutschen Eisenbahntarife als zu niedrig bezeichnet. Die Zurückgewinnung der Ruhrbahnen sei für die Reichsbahn von größter finanzieller Bedeutung. Durch die Zurückgewinnung der Ruhrbahnen würde die Reichsbahn also große Mittel gewinnen, die zur Ermäßigung der Tarife benutzt werden könnten. Die Reichsbahn könnte auch bei der neuen Belastung durch das Bonaner Abkommen ihre volkswirtschaftlichen Funktionen erfüllen, wenn die deutsche Wirtschaft gesund bliebe.

Abg. Schumann (Soz.) bedauerte, daß durch die Entwicklung der Dinge die von der Sozialdemokratie immer erstrebt und endlich erreichte Vereinheitlichung der deutschen Reichsbahn als Unternehmen des Reiches beeinträchtigt worden sei. Der Einfluß der Regierung und des Reichstages auf die Reichsbahn würde nach Annahme der Vorlage tatsächlich stärker als gegenwärtig. Um den deutschen Einfluß im Verwaltungsrat zu sichern, müßte bei der Auswahl der deutschen Mitglieder die größte Vorsicht beobachtet werden. Die Vertreter der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn müßten einen Platz im Verwaltungsrat finden.

Abg. Kahl (Nat.-Soz.) kündigte Anträge seiner Partei zur Personalfrage an.

Abg. Groß (Z.) bedauerte, daß in den Vorlagen keine genügende Garantien für die Beibehaltung des öffentlich rechtlichen Beamtenverhältnisses gegeben seien.

Abg. Dr. Oldemeister (D. Ept.) betonte, daß es das Ziel Deutschlands sein müsse, den Bestrebungen entgegenzuwirken, daß die Reichsbahn nur aus dem Gesichtswinkel des Profits betrachtet werde, so daß nach Ablauf der Vertragsfrist das Deutsche Reich nicht ein völlig abgewirtschaftetes Unternehmen zurückerhalte, sondern einen organisch gut fortentwickelten gesunden Betrieb.

Abg. Graf Lerchenfeld (Bayr. Ept.) war der Ansicht, daß es hauptsächlich auf die Person des Kommissars ankomme, dessen Geist bestimme, was aus der Reichsbahn wird. Auch die Belegung des Verwaltungsrats sei von größter Bedeutung für die Zukunft der Reichsbahn.

Reichsverkehrsminister Oser betonte, daß das Reichsbahngesetz international vereinbart und deshalb jetzt nicht zu ändern sei; auch Änderungen des Personalgesetzes bedürfen; trotzdem es nicht international vereinbart sei, einer erneuten Beschlußfassung des Organisationskomitees und der Genehmigung der Reparationskommission. Als Ende der Gesellschaft ist im Gesetz ausdrücklich das Jahr 1964 genannt. Die Möglichkeit einer Abklärung dieser Frist ist vorgesehen durch eine schnellere Tilgung der Obligationen. Das Reichsverkehrsministerium behält auch nach Abtrennung der Reichsbahnverwaltung noch die großen Aufgaben der Wasserstraßenverwaltung, aller sonstigen Fragen der Schifffahrt und des Luft- und Kraftfahrwesens bei. Es könnte deshalb in Frage kommen, es durch Hinzufügung der Luftfahrt über die neue Gesellschaft und sonstiger technischer Aufgaben zu einem Ministerium der öffentlichen Arbeiten auszugestalten, wie ein solches seinerzeit mit gutem Erfolge Jahrzehnte lang in Preußen gearbeitet hat. Es wäre auch möglich, die Aufgaben der Luftfahrt einem anderen Ministerium zu übertragen.

Abg. Schmidt-Stettin (Dnkt.) stellte die Frage, ob alle Beamten am 1. Oktober übernommen werden. Er verlangte Auskunft, ob die Gesellschaft nicht die Möglichkeit hätte, durch generelle Verfügung die länderfähige Aufstellung aller Beamten festzusetzen.

Staatssekretär Vogt (Reichsverkehrsministerium) bejahte die Frage wegen der Übernahme der Beamten. Die Unänderbarkeit der Reichsbahnbeamten sei grundsätzlich im Gesetz anerkannt. Die größere Abwanderung sei erwidert, und es könne sich nur noch um Einzelfälle oder um Sondermaßnahmen handeln, um die Gesellschaft vor der Gefahr der Nichterfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen und damit den Eintritt der besonderen Rechte des Kommissars zu bewahren.

Zum Schluß wurden mehrere Resolutionen angenommen, deren Zweck es ist, die Sicherstellung der Rechte der Beamenschaft bei der Reichsbahn zu verbürgen. Damit waren die Gesetzentwürfe über die Reichsbahn und über eine zweite Aenderung der Personalabbauregung erledigt. Die Beratungen des Ausschusses hatten den ganzen Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends ohne Pause in Anspruch genommen.

## Werbeschwimmen im Liegensee.

Ein hübsches Schauspiel bot sich am Sonnabend in den Abendstunden den Besuchern der herrlichen Anlagen am Liegensee in Charlottenburg. Um einem größeren Publikum die Möglichkeit zu geben, sich von dem Wirken und Wollen eines Arbeiterschwimmvereins zu überzeugen, hatten die „Freien Schwimmer Charlottenburgs“ eine Werbeschwimmveranstaltung arrangiert. Das Bezirksamt 7 hatte den See bereitwillig zur Verfügung gestellt und auch die Benutzung des kleinen Bootshauses als Aus- und Anlieberaum gestattet. Eine nach Tausende zählende Zuschauermenge folgte von den Parkwegen aus den interessanten Darbietungen. In zwei Wasserballspielen kämpften je eine Mannschaft des veranstaltenden Vereins gegen die Freien Schwimmer aus Steglitz und die aus Falkensee. Das erste Spiel endete unentschieden bei 3 zu 3 Toren, während im zweiten Spiel sich die Jugendmannschaft der Charlottenburger von den Falkenlern mit 5 gegen 1 Tor besiegen lassen mußte. Der Höhepunkt des Festes wurde mit einem Sampionreigen erreicht, der zugleich die höchste Wirkung bei den Zuschauern auslöste. Nach eingetretener Dunkelheit stiegen 20 junge Schwimmer ins Wasser, richteten sich in der Mitte des Sees in gerader Linie aus und auf ein leises Signal vom Ufer her leuchteten 20 elektrische Lampen in allen Farben über dem Wasser auf. Anreiherte gleich hellen diese Lampen alle möglichen Figuren zusammen, schwammen im Kreis, bildeten ein Kreuz, das sich drehte, und zogen schließlich, einen Pfeil mit roter Spitze bildend, dem Ufer zu. Spontaner, herzlicher Beifall lohnte die Teilnehmer wie auch den werbenden Verein. Man wies den Liegensee mit der Ueberzeugung, daß durch solche, ohne große Bekläme vor sich gehende Werbeveranstaltungen dem Arbeiterpost viele neue Freunde zugeführt werden. Das ist in den westlichen Bezirken besonders nötig.

Die „Freien Schwimmer Charlottenburgs“ sind dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossen. Der Verein hat neben Abteilungen für alle Alters- und Geschlechtsklassen auch eine Kanuabteilung, deren Flotte zurzeit aus über 20 selbstgekauften Booten besteht. Das Vereinslokal ist bei Bohne, Schloßstr. 45.

## Opfer der Revolverpielererei.

Die unachtsamste Handhabung von Schusswaffen hat gestern abends ein Menschenleben gefordert. Der zwanzig Jahre alte Fahndienstler Siegfried Mikora, der bei seiner Mutter in der Pantstraße wohnte, war am Nachmittag zu seinem Freunde, dem 19 Jahre alten Schächter Charles Marwich in der Lehmannstr. 8 gegangen. Dieser zeigte ihm seinen neuen Browning. Bei dem lächerlichen Hantieren mit der Waffe löste sich ein Schuß und traf Mikora in den Hals. Blutüberströmte brach er zusammen. Auf den Schuß eilten Hausbewohner herbei, die den Schwerverletzten in das Krankenhaus am Friedrichshain schafften, wo er bald nach der Einlieferung starb. Als Marwich seinen Freund zusammenbrechen sah, flüchtete er und nahm die Pistole mit. Marwich ist 1,65 groß, hat dunkelblondes, nach hinten gekämmtes Haar, gut gepflegte Hände und Gesicht und sonnenerkranktes Aussehen. Er nennt sich auch Charly Krat und Robert Hallig. Nachrichten über ihn nimmt die Kriminalpolizei, Reider 10, entgegen.

Wegen eines sehr gefährlichen Brandes wurde die Charlottenburger Feuerwache nach der Frauenhoferstr. 18, Ecke Cauerstraße alarmiert, wo in dem Autoklubhaus am Rnie durch die Explosion eines Sauerstoffgefäßes Feuer entstanden war. Um des Feuers schnell Herr zu werden, griff die Wehr gleich mit Schlauchleitungen härtesten Kolibers an, und es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhindern und die übrigen Räume zu kühlen.

